

Sozialbewegung und institutioneller Wandel in Polen und Rußland¹

I. Problemstellung

1. Die Transformation in Osteuropa ist von den politisch Handelnden unter dem Paradigma eines Übergangs zu „Demokratie und Markt“, von den Beobachtern unter dem der Öffnung und strukturellen Anpassung geschlossener Gesellschaften in ein Weltsystem betrachtet worden. Ich möchte in meinem Beitrag in Kombination dieser beiden Blickwinkel versuchen, die Dynamik und Brüche der Transformation in Osteuropa unter dem Paradigma des korporativen Staates zu beschreiben.

Unter dieser Fragestellung erscheint die Krise des alten Regimes als eine Schwäche der „etatistischen Gesellschaft“² in den Dimensionen systemischer und sozialer Integration, die darin begründet ist, daß das zwischen der staatlichen Administration und dem Volk vermittelnde Scharnier der Gesellschaft fehlte.

Die Korporatismusdebatte der siebziger und achtziger Jahre hatte den „liberalen“ oder „gesellschaftlichen“ Korporatismus als Paradigma erstens eines neuen Verhältnisses von Politik und „modernem“, „organisierten“ Kapitalismus³, zweitens einer Form der staatlich regulierten Interessenrepräsentation und -vermittlung⁴, und drittens einer Übertragung von politischen willensbildenden und regulierenden Funktionen an große gesellschaftliche Organisationen⁵ begriffen. Kern des gesellschaftlichen Korporatismus war die institutionelle Reproduktion eines gesellschaftlichen Konsenses.

Der Inhalt dieses Konsenses wurde in den sechziger Jahren mit dem Keynesianischen Kompromiß beschrieben, der Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und Vollbeschäftigung als gleichrangige Ziele der Wirtschaftspolitik definierte. In den siebziger Jahren wurde dieser Konsens um die Koordination strukturpolitischer Reformen in einzelnen Industriebereichen und Politikfelder ergänzt. Korporatismus wurde nun nicht mehr aus der Perspektive lokaler Politik begriffen, sondern als – viertens – Paradigma für Inhalt und institutionelle Form des gesellschaftlichen Kompromisses über die Art und Weise der Anpassung einer offenen nationalen Volkswirtschaft an einen sich wandelnden Weltmarkt.⁶

Für die Beschäftigung mit den osteuropäischen Transformationsprozessen erscheinen alle vier Dimensionen des Konzepts relevant.

2. Zum Ansatzpunkt der Analyse hier sich bildenden Institutionen des korporativen Staates werden dabei nicht in erster Linie formal-rechtliche Regelungen, wie die tripartistischen Kommissionen in Rußland genommen, sondern die Herausbildung politischer Akteure, politische Strategien und Merkmale gesellschaftlicher Bewußtseinsformen, weil von ihnen – und nicht von Dekreten und formalen Bestimmungen – die Lösung des Schlüsselproblems, d.h. die Herausbildung funktionsfähiger, legitimer intermediärer Organisationen abhängt.

Aus der Perspektive der Korporatismustheorie wird dabei „Gesellschaft“ nicht im Sinne der osteuropäischen demokratischen Opposition der achtziger Jahre und der neuen demokratietheoretischen Diskussion als „civil society“ und Sozialbewegung gegen den Staat gefaßt, sondern als institutionell verankerte Vermittlung der Politik mit einer organisierten Gesellschaft. Die Mobilisierungsschübe und die Sozialbewegungen, die dem politischen Durchbruch in Osteuropa, insbesondere in Polen vorausgegangen waren, haben zwar als solche, d.h. als fundamentalistische Bewegungen den politischen Systemwechsel und den danach eingeleiteten sozialen Wandel nicht getragen, sie waren aber dennoch für die Herausbildung des jeweils spezifischen Transformationspfades und für die Konstitution politischer und gesellschaftlicher Organisation und deren institutionelle Verankerung von großer Bedeutung.

Das Profil der sozialen Kräfte und die institutionellen Muster, die den sich herausbildenden korporativen Staat prägen, unterscheiden sich von Land zu Land und verweisen so auf die vorausgegangene gesellschaftliche Mobilisierung zurück.

3. Die folgende Skizze der Dynamik und der Brüche der Transformation in Osteuropa versucht die Entwicklungsdynamik in Polen und in Rußland unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung hier Sozialbewegungen für den Transformationsprozeß und seine Richtung zu vergleichen.

Den vergleichenden Überlegungen liegt die Annahme zugrunde, daß die Dynamik, die aus der inneren Logik der sozialistischen Formation resultiert und die als eine Dynamik des Zerfalls begriffen wird, in historisch spezifischer Weise aufgefangen wird durch Gegenbewegungen, deren Tendenz sich aus Traditionsbeständen erklären läßt, die auf der Ebene von Institutionen und von Bewußtseinsformen in der Hülle der sozialistischen Gesellschaft in mehr oder weniger modifizierter Weise fortbestanden haben.⁷

Ein Strang von durch die sozialistische Formation umgeformten und zugleich tradierten kulturellen Mustern läßt sich an sozialen Protestartikulationen, Konflikten und Bewegungen festmachen. Deren Inhalt, Reichweite, Funktion und Funktionswandel ist Gegenstand der Überlegungen.

II. Krise und Konflikt unter dem alten Regime

Die Krise – die seit den sechziger Jahren als ökonomische Krise in Osteuropa in Erscheinung tritt – kann als gesellschaftliche Systemkrise in drei Dimensionen beschrieben werden:⁸

1. In der Dimension des Steuerungssystems blockierte die Prärogative der Partei – als Kern des totalitären Machtanspruchs – die Effektivierung der Herrschaft im Sinne administrativer, bürokratischer Rationalität.

Erst in Analysen der achtziger Jahre wurde die totalitäre Form der politischen Macht als Konsequenz und nicht nur als Ursache der Verstaatlichung der Produktionsmittel verstanden.⁹ Die Ersetzung des Netzes gesellschaftlicher Akteure durch die administrative Struktur des Staates erlaubte es dem Staat nicht, sich in die Rolle des Regulators zurückzuziehen und zwang das politische Zentrum immer wieder zu intervenieren und als Akteur tätig zu werden. Die Vermischung betrieblicher und staatlicher Interessen, ökonomischer und politischer Kalküle blockierte dabei gleichermaßen die Durchsetzung ökonomischer Rationalität als auch die von Herrschaftsrationalität (im Sinne von Steuerungs- und Regulierungskompetenz) und begründete die Steuerungsschwäche eines nur negativ mächtigen Entscheidungszentrums.

2. In der Dimension des politischen Prozesses bedingte die Verquickung von Interessenartikulation und Implementation über dieselben administrativen Kanäle sowohl die Zerstreung und Blockade gesellschaftlicher Interessenartikulation als auch eine Zerstörung instrumenteller Planungsrationale. Der „korporatistische“ Charakter des alten Regimes bezog sich auf die Verhandlungsmacht administrativer Apparate und Apparatfraktionen, nicht aber auf die Repräsentanz und Vermittlung aggregierter sozialer Interessen. Die „Korporationen“ waren identisch mit der administrativ hergestellten Statushierarchie und nicht Instrument der Vermittlung und Regulierung von Gesellschaft und Staat.¹⁰ Aus dieser Eindimensionalität erklärt sich der Immobilismus und die destruktive Innovationsunfähigkeit des sozialistischen korporativen Staates.

3. In der Dimension der sozialen Integration war das Legitimationsdefizit der Sozialordnung im Charakter der administrativen Strukturen begründet. Die administrative Ordnung wurde weder durch soziale Interessen und durch

Regeln, noch durch soziale Normen und Bindungen gefestigt, sondern nur überpersönliche Abhängigkeiten und Loyalitäten und durch „Scheinhandeln“¹¹ stabilisiert, ein Handeln, um dessen Fiktivität hinsichtlich der offiziell deklarierten sozialen Ziele die Akteure und die Zuschauer wußten.

Die „toten“ (Staniszki) administrativen Strukturen erklären die impulsive Dynamik der Machtstrukturen nach der Aufhebung des Parteimonopols. Sie machen darüber hinaus auch deutlich, welche kulturelle Erblast dem institutionellen Neuaufbau mitgegeben ist. Denn Konsequenz des nur fiktiven fassadenhaften Charakters der sozialen und politischen Institutionen waren Desozialisations- und Dekulturationsprozesse, die in Rußland sehr viel weiter gegangen sein mögen als in Ostmitteleuropa,¹² die aber überall das gesellschaftliche Bewußtsein geprägt und ein Denken in moralischen und personalisierenden und nicht in sozialen und institutionellen Kategorien gefördert haben.

Die etatistische Sozialstruktur bedingte aber auch eine Transformationsunfähigkeit gesellschaftlicher Bewegungen, die die bestehende Ordnung politisch, in ihrer abstrakten Gesamtheit negierten, die über die Interessen und Orientierungen der Gesellschaftsmitglieder aber auf die Reproduktion bestehender Strukturen zurückgeworfen wurden.

Die Merkmale der Herrschaftsform in der etatistischen Gesellschaft sind auch Schlüssel zum Verständnis der Form sozialer Integration unter Bedingungen des sozialen Konflikts. Die Mobilisierung in Polen 1980/81 ebenso wie die Bergarbeiterproteste in Sibirien 1989 charakterisieren sich durch Gruppenbildungsprozesse, in denen sich die Handelnden nicht primär über die Artikulation von ökonomischen Interessen definierten, sondern über moralische Werte, und ihre moralische Gemeinschaft gegen die „Macht“ artikulierten. Die Dichotomisierung einer moralisch geordneten Welt der Menschen und einer amoralischen Macht beinhaltete eine schizophrene Entgegenstellung von privater Lebenssphäre und Identität und der Form der eigenen Vergesellschaftung durch eine „fremde“ „Macht“.¹³

Der sozialpsychologische Mechanismus, der der Gruppenbildung zugrundelag, war in Polen und Rußland, d.h. in Sibirien, gleich. Es unterschieden sich aber die Selbstdefinitionen und Abgrenzungen der protestierenden Arbeiter. Die Streikenden in Polen bezeichneten sich als „Menschen“ (ludzi), die ein Recht auf Würde, auf Wahrheit und Wahrhaftigkeit, auf Solidarität und Brüderlichkeit besaßen, und dieses moralische Recht über eine national-religiöse Sprache und Symbolik gegen den Staat einklagten. Anfang der achtziger Jahre artikulierten die Arbeiter, und zwar in höherem Maße als andere soziale Gruppen, ihre Depravierung in politischer Dimension.

Die sibirischen Bergarbeiter nannten sich „musiilki“, Männer, körperlich

arbeitende und starke Männer, ökonomisch ausgebeutete und in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Dimension deprivierte Menschen. Aus ihrer Perspektive umfaßte die „Macht“ (Wlast') Partei, betriebliche Administration und Intellektuelle (partokracija, bjurokracija und umokracija) und blieb in ihrer Totalität amorph.¹⁴

In Polen dagegen wurde die „Macht“ (wladza) mit einer dem polnischen Volk fremden spezifischen und von außen oktroyierten politischen System identifiziert.

In Rußland zeigte die Arbeiterbewegung ein anarcho-syndikalistisches Denken, das die Gesellschaft als technischen Kooperationszusammenhang und als Gemeinschaft eines menschlichen „Arbeitskollektivs“ begriff. Sie richtete sich 1991 mit den Forderungen nach Selbstverwaltung, Selbstfinanzierung und Selbständigkeit auf die Kontrolle über die betrieblichen bzw. lokalen Ressourcen und gegen die Umverteilungsmacht des Zentrums.

In Polen konnte die Bewegung der Solidarnosc – wegen der national-kulturellen Identität, über die sich die Bewegung als Teil der Gesellschaft definierte – eine politische Stoßrichtung gewinnen und die ganze „Gesellschaft“ gegen den Staat integrieren und mobilisieren.

Auch in Polen ist die Solidarnosc aber als Sozialbewegung nicht Träger des sozialen Wandels geworden. Als fundamentalistische Bewegung war sie auf die Ebene der symbolischen Artikulation gerichtet und zielte auf eine immer neue Identitätsfindung und Artikulation der „Gesellschaft“ in moralischer Abgrenzung von der staatlichen Macht. In ihrem moralischem Fundamentalismus und ihrer alle Dimensionen der sozialen Existenz totalisierenden Form als Bewegung ähnelte die Solidarnosc indessen der Ordnung, aus der sie entstanden war und die sie symbolisch negierte. Sie brachte aber nicht nur eine neue Elite legitimer Führer hervor, sondern sie formulierte das Ziel der Transformation: die Konstitution der Gesellschaft über „Demokratie“ und „Markt“ als allgemeines politisches Interesse. Nicht als Motor des sozialen Wandels, wohl aber als Ressource von Legitimität und Signifikanz für die Reformpolitik ist die Solidarnosc in Polen von kaum zu überschätzender Bedeutung.

III. Transformationspolitik als „Revolution von oben“

Die Transformationspolitik wurde nicht unter Bedingungen der Mobilisierung als soziale Revolution, sondern als „Revolution von oben“ initiiert.

Dem politischen Durchbruch war dabei nicht nur die Mobilisierung in

Polen und die „Glasnost“ in Rußland, und somit die Herausbildung neuer, in unterschiedlichem Maße legitimerter Eliten, vorausgegangen. Wichtige Voraussetzung war eine Radikalisierung der Perspektive der Wirtschaftsreform, und zwar sowohl auf der Ebene der wissenschaftlichen Diskussionen als auch auf der der Politik, wo der „Nomenklaturakapitalismus“ oder „politische Kapitalismus“ gegen Ende der achtziger Jahre einen Weg der Transformation politischer in ökonomische Macht wies.

In Rußland bezog sich der politische Durchbruch weniger auf die demokratische Legitimation eines umgestalteten politischen Systems als vielmehr in erster Linie auf die Transformation des sowjetischen Staatsimperiums in eine Gemeinschaft von Nationalstaaten. Die Mobilisierung der Bevölkerung während der Streiks im Frühjahr 1991 diente in Rußland als Drohpotential, das Jelzin und die Demokraten im politischen Machtkampf instrumentalisierten, sie führte aber nicht zur Konstitution einer eigenständigen sozialen Kraft. In unterschiedlichem Maße bildeten aber die nationalen Bewegungen in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion eine Legitimitäts und Signifikanzresource für den Aufbau der Nationalstaaten, die der Bedeutung der Solidarnosc für die Konstitution einer neuen Sozialordnung vergleichbar ist. Die Strategie einer „Revolution von oben“, mit der die neuen Regierungen 1989/90 bzw. 1991 die soziale Transformation initiierten, ging von der Annahme aus, daß – angesichts des Fehlens aggregierter sozialer Interessen und gesellschaftlicher Akteure, die die kapitalistische Transformation tragen könnten – solche Akteure durch die Reformpolitik des Staates konstituiert werden müßten. Die Politik der „Revolution von oben“ charakterisierte sich dabei durch drei Merkmale:

1. Das in Polen erfundene Ritual des Runden Tisches und die Wahlen verliehen den neuen politischen Eliten sowie dem Staat und seiner Transformationspolitik eine demokratische Legitimität. Diese Legitimitätsgrundlagen der „Revolution von oben“ waren aber insofern fragil, als die Teilnehmer am Runden Tisch und die Parteien nicht bestimmte soziale Gruppen und Interessen repräsentierten, sondern kulturelle Milieus und gewissermaßen antizipierte soziale Interessen symbolisierten. Danach inwieweit das Ritual real war, d.h. gesellschaftliche Verbindlichkeit und Signifikanz aufwies bzw. nur simuliert war und nicht auf ausgeprägte kulturelle Milieus und gesellschaftlich verbindliche Sinndeutungen verwies, unterschieden sich die Länder Ostmitteleuropas.
2. Der Inhalt der „Revolution von oben“ war widersprüchlich. In der Dimension der Funktionsweise und der Legitimitätsgrundlagen der Ordnung sollte die Durchsetzung von Recht und Demokratie, Privatisierung und Markt, einen revolutionären Bruch beinhalten.

In der Dimension sozialer Hierarchie aber sahen sowohl die „rechtstaatliche“ Revolution in Rußland nach dem Putsch als auch die „revolutionäre Evolution“ der Solidarnoscisten in Polen eine Kontinuität vor.¹⁵ Das beinhaltete auch die Fortführung des Nomenklaturakapitalismus, der nun aber in politisch kontrollierten und rechtlich geregelten Bahnen verlaufen sollte.

In Rußland wurde die Kontinuität einer revolutionär plebiszitären Legitimität der politischen Macht, die ungeachtet der Formel von der „rechtstaatlichen Revolution“ die Politik Jelzins im Unterschied zu der Gorbatschows charakterisierte, zum Schutzschirm einer weitaus weniger effektiven rechtlichen Regulierung der Privatisierungsprozesse und einer ungebrochenen Kontinuität persönlicher Macht über den „Nomenklaturakapitalismus“.

3. Die Form der Politik als „Revolution von oben“ definierte eine paradoxe Rolle des Staates. Dieser sollte sich in die rechtliche Regulierung zurückziehen; zugleich aber als abstrakter Transformator die Entflechtung von Politik und Ökonomie, Staat und Gesellschaft tragen. Die Strategie, mit der die Politik dieses Paradox löste, war: eine legalistische Institutionsbildung über Rechtsetzung und eine „neo-liberale“ monetaristische Wirtschaftspolitik.

Schwerpunkt und Kern der Transformation sollte der institutionelle Wandel, die Privatisierung, sein, die die Voraussetzung für eine spontane ökonomische Rekonstruktion der Wirtschaft im Sinne einer Anpassung an den Weltmarkt – ohne Ingerenzen des Staates bilden sollten.

IV. Die Unmöglichkeit der „Revolution von oben“ und „Korporatismus“ als Paradigma der Transformation

Gegenwärtig scheint sich die Politik der „Revolution von oben“ in einer Krise zu befinden und einen neuen Wendepunkt des sozialen Wandels zu markieren.

Die Krise zeigt als Steuerungs- und Integrationskrise gewisse Ähnlichkeiten mit der Krise unter den sozialistischen Bedingungen. Diese Analogien verweisen auf Kontinuitäten im Verhältnis von Politik und Gesellschaft; genauer: auf eine nach wie vor bestehende institutionelle Lücke auf der Ebene gesellschaftlicher intermediärer Organisationen. Sowohl die Ausprägung der Krise als auch die Ansätze neuer Lösungsstrategien unterscheiden sich in Polen und Rußland.

1. In der Dimension des Steuerungssystems konnte die neo-liberale Wirtschaftspolitik ihre postulierte Zurückhaltung nicht einhalten. Seit 1992 kam es in Polen zu unkoordinierten Interventionen, die als Reaktion auf ad-hoc-Artikulation von partikularen Interessen entstanden, und die zu einer

„driftenden“ Wirtschaftspolitik führten.¹⁶ Dahinter stand das Problem, daß unter dem Druck der Rezession die Aufgabe der ökonomischen Restrukturierung in den Vordergrund rückte und die staatliche Politik weder über organisatorische Instrumente noch über hinreichend organisierte, kompetente und repräsentative gesellschaftliche Ansprechpartner verfügte, um die industriepolitischen Aufgaben in koordinierter Weise anzugehen bzw. zu delegieren.

Die neo-liberalen Politiker kritisierten die störende Ingerenz der Partikularinteressen; aus der Perspektive der Korporatismustheorie erscheint die Steuerungskrise aber als Schwäche in der Dimension der Aggregation und Rationalisierung gesellschaftlicher Interessen und der Regulierungskompetenz der Gesellschaft und des Staates. Die Situation in Rußland unterscheidet sich unter dem hier angesprochenen Aspekt von der in Polen in dreierlei Hinsicht: Zum einen hatte die Steuerungskrise hier ein viel dramatischeres Ausmaß. Einmal weil die monetaristische Politik nicht soweit griff, daß Geld zum effizienten Steuerungsinstrument werden konnte, zum anderen weil die legalistischen Politikstrategien hier noch viel weniger als in Ostmitteleuropa auf legalistischen Haltungen aufsitzen konnten. Schließlich erschien die ökonomische Restrukturierung in Ostmitteleuropa als wenn auch schmerzhafter, doch aber möglicher Prozeß und die Perspektive, zu einer Peripherie Westeuropas zu werden, als male Chance. Für die Restrukturierung des gewichtigen militärisch-industriellen Komplexes in Rußland scheint eine realistische Lösung überhaupt noch nicht in Sicht und die zukünftige Rolle Rußlands im Weltssystem noch keineswegs klar definiert.

2. Die Politik der „Revolution von oben“ mündete in Polen in eine Krise der Legitimität der Transformation. Die Delegitimierung der neuen politischen Führer und demokratischen Institutionen wird in Polen mit dem Kontrast von Erwartungen und Hoffnungen und den sozialen Kosten der Transformation in Verbindung gebracht. Tatsächlich handelt es sich um einen Konflikt zwischen verschiedenen, bereits herausgebildeten, sozialen Gruppen von Transformationsgewinnern und (einer quantitativen Mehrheit) von Transformationsverlierern. Dieser Konflikt trägt nicht nur die Merkmale eines Interessenkonfliktes, sondern auch die einer Antinomie auf der Ebene der Wahrnehmung der sozialen Situation und der Entwicklung seit 1989.

Die Transformationsgewinner, die neue „politische Klasse“, Teile der Intelligenzija, Beschäftigte im modernen privaten Sektor und die Nomenklaturakapitalisten, die in Kategorien von Funktionsmechanismen und Institutionen denken, nehmen den Wandel des Systems wahr. Die Transformationsverlierer – wenig gebildete Arbeiter, Bauern, Bewohner der kleinen zusammenbrechenden Städte – denken in Kategorien des Status und der Hierarchie

und erfahren nur die Kontinuität in der Dimension der Ungleichheit und der Macht.¹⁷

Diese Aminomie zerstört den Basiskonsens auf symbolischer Ebene, der die Legitimationsgrundlage des Runden Tisches und der „Revolution von oben“ gebildet hatte, und führt zum Verlust einer kommunikationsfähigen Sprache auf der Ebene des politischen Diskurses.¹⁸ Damit platzt eine weitere Illusion, die die Politik der „Revolution von oben“ mit dem alten Regime teilte: die Vorstellung, der gesellschaftliche Konsens ließe sich über gemeinsame Werte, Situationsdeutungen und Weltbilder herstellen. Die Lösung des Problems deutet sich schon an: in einer pragmatischen Sprache der Interessenpolitik und institutionalisierten Formen gesellschaftlicher Konsensproduktion im Sinne neo-korporatistischer Interessenvermittlung.

Ich beziehe mich dabei nicht auf Walesas Parteigründungsinitiative des „Unparteiischen Blocks der Unterstützung der Regierung“, sondern auf den Diskurs der gesellschaftlichen Organisationen über den „Pakt über das staatliche Unternehmen in der Umgestaltung“. Als die sozialen Kräfte, die den sich herausbildenden korporativen Staat tragen könnten, werden dabei für Polen die Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Handwerkskammern, Organisationen der kleinen und mittleren Handels- und Produktionsbetriebe und schließlich die Organisation eines lokalen Nomenklaturkapitals sichtbar. Diese Akteure sind zwar noch schwach und weisen bei relativ entwickelten Verhandlungsmärkten auf betrieblicher und auf zentraler politischer Ebene eine Schwachstelle auf der Mezzoebene auf, wo den relativ hoch organisierten Gewerkschaften kompetente Verhandlungspartner noch weitgehend fehlen.

Das Muster der Interessenartikulation stellt prinzipiell die institutionelle Differenzierung von politischer Repräsentanz im Parlament und Interessenartikulation nicht in Frage. Die Ausnahme, die Vertretung der Solidarnosc im Parlament, stellt für die Gewerkschaft eine ihren Zusammenhalt bedrohende Belastung dar. Als zentrale Aufgabe wird in Polen die Ergänzung der Interessenpolitik über Verhandlungen mit der Regierung und über Lobby im Parlament, durch die Formierung strategischer Akteure und die Schaffung von Verhandlungsstrukturen auf mittlerer Ebene gesehen – Strukturen, die unter Einbindung von Unternehmerverbänden, Kammern und Gewerkschaften, Banken, lokalen und regionalen Selbstverwaltungskörperschaften und der staatlichen Administration die Formulierung und Implementation spezifischer industrie- und strukturpolitischer Interessen tragen.

In Rußland stellt sich die Legitimitätskrise nicht in der für Polen beschriebenen Weise, weil es einen Konsens auf symbolischer Ebene und eine für alle

Segmente der Gesellschaft kommunikationsfähige Sprache hier nie gegeben und sich die demokratische Legitimation auf das Charisma der Person Jelzins und den Mythes von Putsch und Revolution gestützt hatte.

Die politischen Auseinandersetzungen zwischen „Demokraten“, „rotbrauner Opposition“ und „Zentristen“ instrumentalisieren eher soziales Konfliktpotential als daß sie es ausdrücken. Ihr ökonomisch-sozialer Inhalt ist eher der Interessengegensatz zwischen unterschiedlichen Fraktionen des sich formierenden Nomenklaturkapitals, zwischen produktionsorientiertem Industriekapital und entstehendem Handels- und Finanzkapital sowie alten unreformierten Segmenten der Administration als zwischen sich kristallisierenden sozialen Gruppen. Treibende Kraft der Rekonstruktion des Staates als korporativer Staat ist in Rußland die „Russische Union der Industriellen und Unternehmer“ mit A. Wolski an der Spitze und die von ihr in hohem Maße geprägte politische Organisation, die „Bürgerunion“ (Grashdanski Sojus). Diese Organisation des Industriekapitals, der sich auch die Demokratische Partei Rußlands von N. Travkin, die als einzige sozial verankerte Partei im Milieu der Ingenieure und Techniker zu Hause ist, angeschlossen hat, hat auch den Apparat der ehemaligen staatssozialistischen Gewerkschaften in ihre Organisation kooptiert.

Die Organisation repräsentiert in gewisser Weise die Transformationsverlierer, allerdings nicht im Sinne sozialer Gruppen, sondern als Segmente der Ökonomie, den industriellen Sektor einschließlich des militärisch-industriellen Komplexes. Demgegenüber können die liberalen Politiker und die Regierung Gaidar, die von den „demokratischen“¹⁹ Intellektuellen unterstützt werden und sich als Vertreter einer noch zu schaffenden ökonomischen Mittelklasse begreifen, als Repräsentanten der Transformationsgewinner verstanden werden: der in staatliche Positionen aufgestiegenen oder ökonomisch erfolgreichen Intelligenz, des sich bildenden Handels- und Finanzkapitals und derjenigen Produktionsbereiche und Beschäftigten, die von der ökonomischen Öffnung profitieren, wie Kohlebergbau, Öl- und andere Rohstoffproduzenten.

Die wirtschaftspolitischen Vertretungsstrukturen der 1991 geschaffenen Tripartistischen Kommission, von „Kapital, Arbeit und Staat“, sind nicht nur deswegen fragwürdig, weil in ihnen die ehemaligen Staatsgewerkschaften überrepräsentiert sind, sondern weil alle Gewerkschaften und möglicherweise in gewissem Umfang auch die Organisationen des „Kapitals“ aufgrund ihrer politischen Affinitäten mit der zentristischen bzw. der demokratischen Fraktion und nicht auf der Basis ihrer sozialen Repräsentanz und Macht in die Gremien kooptiert wurden.²⁰

Ungeachtet des dekretierten „Tripartismus“ und der verordneten „Sozialpartnerschaft“ scheint sich der reale Prozeß der Aggregation von Interessen in Rußland nicht entlang des Differenzierungsprinzips ökonomisch begründeter sozialer Klassen zu vollziehen, sondern entlang des Prinzips lokaler und regionaler und damit verbundener sektoraler Segmentierung. Das Ziel der Rekonstruktion des Staates ist nicht – wie in Polen – die Herausbildung institutionalisierter Formen der Bildung eines gesellschaftlichen Konsenses und der Verankerung und Delegation von politischer Regulierungskompetenz in eine organisierte Gesellschaft sowie eine an lokalen Interessen orientierte Anpassung der nationalen Ökonomie an den Weltmarkt, sondern – angesichts des offensichtlichen Versagen des Marktes als über den Preismechanismus vermittelnde systemische Integration – die begrenzte Rekonstruktion zentralstaatlicher Verteilungsmacht mit dem Ziel, die Industrie des Landes zu erhalten und die ökonomischen Interessen und Machtansprüche Rußlands in der Region wieder deutlicher zur Geltung zu bringen.²¹

Die Struktur, die sich hier andeutet, ist die Verflechtung von in großen Corporations organisiertem Nomenklaturkapital mit der staatlichen Administration. Deren betriebliche Basis bilden neo-feudale Strukturen der großen Unternehmen, die als Monopolisten auf den lokalen Arbeitsmärkten und Kontrollure der sozialen Infrastruktur alle Dimensionen des Lebens ihrer Beschäftigten organisieren und diese so in umfassender Abhängigkeit halten. Gewerkschaften haben hier – wenn überhaupt – nur als betriebliche Interessenvertretungen einen Platz.²² Die anarchosyndikalistische Orientierung auf den Betrieb und das damit verbundene Gesellschaftsbild kommt diesem Strukturmodell entgegen, weil es das Denken in politischen Kategorien blockiert und die Notwendigkeit politischen Handelns und politischer Interessenvertretung nicht wahrzunehmen erlaubt. Eine Inkorporation der Arbeiter auf der Ebene des Unternehmens scheint hier eine realistische Entwicklungsperspektive. Das Privatisierungsmodell, das die „Bürgerunion“ dem Modell einer allgemeinen Privatisierung durch Aktienverkauf entgegenstellt, ist das der „geschlossenen Privatisierung“, d.h. die Vergabe bzw. der Verkauf von Aktien an Belegschaft und Management. Befragungen und die ersten Erhebungen über den Verlauf der Privatisierungsprozesse haben gezeigt, daß die Belegschaften der Betriebe in Rußland in fast 90 Prozent der Fälle für einen – unterschiedlich umfassenden – Erwerb der Aktien ihres Betriebs durch Belegschaft und Management stimmten.²³ Arbeiter votierten dabei oft einvernehmlich mit den Direktoren für eine geschlossene Privatisierung, in der Hoffnung, ihren Lebenszusammenhang zu erhalten. Ohne eine Aktivierung der Belegschaften und ohne den Schutz durch politisch handlungsfähige Gewerkschaften dürfte dieser Weg aber kaum aus der Abhängigkeit, sondern in den Nomenklatura-

kapitalismus führen. Das zeigte sich auch in Polen, wo 1991 und 1992 der Kauf durch die Belegschaft eine quantitativ bedeutsame Form der Privatisierung vor allem kleiner und mittlerer Betriebe bzw. ausgelagerter Unternehmensabteilungen war. Die Teilnahme der Gewerkschaft *Solidarnosc* an solchen Prozessen, deren Rechtsberatung und Kontrolle konnte hier – in der Regel zumindest – verhindern, daß die Belegschaften vom Management ausgespielt wurden.

V. Korporatismus und die Tradition von Staat, Nation und Gesellschaft in Polen und Rußland

Betrachten wir die Anfänge der politischen und sozialen Transformation unter dem Gesichtspunkt der Herausbildung korporatistischer Strukturen, so deuten sich in Polen und Rußland recht unterschiedliche Modelle an, die aber gleichwohl in den Kategorien der Korporatismustheorie beschrieben werden können.

In Polen beobachten wir einen expandierenden und dynamischen privaten Sektor, die Artikulation zunehmend organisierter sozialer Interessen und einen – durch ein zersplittertes Parteiensystem und eine noch wenig effektive Administration geschwächten Staat. Die quasi-korporatistischen Verhandlungsstrukturen auf politischer Ebene privilegierten Anfang der neunziger Jahre in gewissem Umfang die *Solidarnosc*, führten sie aber – angesichts der Verantwortung für eine Regierungspolitik, die von der Gewerkschaft tatsächlich kaum mitbestimmt werden konnte und angesichts einer faktischen administrativen Lohnkontrolle im Bereich der staatlichen Industrie – in eine tiefe Identitäts- und Organisationskrise.²⁴ Seit 1993 beobachten wir den – inkonsequent durchgeführten – Versuch, die Gewerkschaft als Arbeitsmarktpartei und Tarifpartner neu zu definieren. Der „Pakt über die Umgestaltung des staatlichen Unternehmens“ beinhaltete dabei einen Tausch der mit Konzessionen an die Gewerkschaft schmackhaft gemachten, weiteren Unterstützung der Privatisierungspolitik gegen die Perspektive einer vollen Tarifautonomie.

Die Akteure, Verhandlungsstrukturen und Arrangements entsprechen hier dem Muster eines „gesellschaftlichen“ oder „liberalen Korporatismus“, weisen zugleich aber auch „pluralistische“ Merkmale auf: mit dem geringen Grad der Aggregation von Interessen, dem Widerstand gegen eine staatliche Systematisierung von Interessenvertretungen (etwa in Form von Zwangsgliederschaften in Kammern) und Ansätzen von Klientelbeziehungen zwischen Politik und ökonomischen Interessen mit der Gefahr einer Aufweichung politischer und administrativer Rationalität. Ein ähnliches Muster von

Interessenpolitik ist als Besonderheit der italienischen Nachkriegsentwicklung beschrieben und mit der Rolle der Großfamilien in der italienischen Geschichte und der Tradition familiaristischer Haltungen in Zusammenhang gebracht worden.²⁵

Auch in Polen hatte das Geflecht der Familien des Groß- und Kleinadels in der Zeit der polnischen Teilungen den sozialen Zusammenhalt und die kulturelle Kontinuität der polnischen Gesellschaft und polnischen Nation gegen einen von ausländischen Mächten kontrollierten Staat gesichert. Die Sowjetisierung Polens nach dem Krieg zerstörte die Gesellschaft von Familien als sozialen und ökonomischen Zusammenhang. Die familiären Beziehungsnetze wurden nun in die Sphäre der Informalität und der Intimität zurückgedrängt. Dennoch waren es die privaten familiären und quasi-familiären Beziehungsnetze, über die sich die demokratische Opposition und die Solidarnosc-Bewegung konstituierten. Sie bildeten die soziale Basis einer nationalen Identität, die sich an der gemeinsamen Geschichte, Kultur und Religion festmachte und über die Familien tradiert wurde. Die Nation umfaßte als „Föderation von Familien“ (Nowak) in Polen alle Mitglieder der „Gesellschaft“ und schloß nur die „Macht“ als kulturell fremdes „System“ aus. Die Solidarnosc konnte deswegen als Sozialbewegung auf die politische Ebene zielen: auf die staatliche Verfassung der Gesellschaft.

Die nationale Identität und ihre historisch-politische Konkretisierung 1980/81 und 1989 bildete zu Beginn der sozialen Transformation einen Basiskonsens, der nicht nur die heroische Annahme der „Schocktherapie“ des Finanzministers Balcerowicz durch die Bevölkerung, sondern auch die „Gemeinwohlorientierung“ und Kompromißfähigkeit der sich formierenden sozialen Interessen sicherstellte.

Das Erbe familiaristischer Beziehungsmuster, die ja auch die alltägliche affirmative Anpassung an die sozialistische Wirklichkeit und ein distanzierteres Verhältnis zum Staat und seinem Regulamin bezeichnet hatten, scheint als kulturelles Muster auch ein gewisses Handicap für die Effektivierung und bürokratische Rationalisierung des Staates und seine demokratische Verankerung in organisatorisch aggregierten Interessen zu sein. Es könnte sich erweisen, daß sich – ungeachtet der Stärke und der Bedeutung der Gewerkschaft Solidarnosc zu Anfang der Transformationsprozesse 1980/81 – als das spezifische Ergebnis der Transformation in Polen nicht ein sozialdemokratischer korporativer Staat nach dem Vorbild Österreichs, sondern ein starkes horizontales Netzwerk von kleinen und mittleren Betrieben und eine „pluralistische“, wenig organisierte Form der Interessenorganisation und Interessenpolitik herausbilden.

Die Silhouette des korporativen Staates, die sich in Rußland andeutet,

weist gewisse Analogien mit dem japanischen „Korporatismus ohne Arbeiter“ auf.²⁶ Es fehlen hier aber die für Japan charakteristischen vertikalen Verpflichtungsstrukturen paternalistischer Art und eine starke nationale Identität. Der Kollektivismus und „Antinstitutionalismus“ der Arbeiter ist in Rußland historisch damit zu erklären, daß der Staat nie institutionell in der Gesellschaft verankert war.

Die Selbstdefinition der sibirischen Arbeiter als „mushki“ verweist auf die Sozialstruktur des patrimonialen Staates in Rußland.²⁷ Als „mushki“ wurden alle von den Dienstständen (den „mushi“ oder „judzi“, als den Mitgliedern einer etatistischen Gesellschaft) – und damit vom Monopol auf Besitz an Grund und Leibeigenen ausgeschlossenen Schichten des Volkes bezeichnet. Diese waren nicht unmittelbar vom Staat abhängig, sondern unterlagen der Kollektivverantwortung der Tjaglo. Später, nach den von Peter dem Großen eingeleiteten Reformen und der Begründung einer quasi-ständischen „Gesellschaft als staatlicher Veranstaltung“²⁸ meinte „mushiki“ das russische Landvolk, das die Institution der Leibeigenschaft aus der etatistischen Gesellschaft ausschloß und das – sozialisiert über die Dorfgemeinschaft der „obščina“ und in persönlicher Abhängigkeit vom Gutsherrn – vom Staat nicht penetriert wurde.

Die Lebenswelt der heutigen „mushiki“ ist nicht mehr die der „obščina“, die vom Staat losgelöste Produktions- und Lebensgemeinschaft der Bauern. Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft wurden diese Gemeinschaften in den dreißiger Jahren definitiv aufgelöst und die bäuerliche Bevölkerung in das Regime industrieller Arbeit gezwungen. Instrument der Disziplinierung der Bauern war die Arbeitsplatzbindung und die Überantwortung der Arbeiter in die Willkür der betrieblichen Macht. Die organisatorische Einbindung der Arbeiter in die verstaatlichte Industrieproduktion beließ sie außerhalb des Staates: sie machte die Arbeiter weder zu Staatsbürgern oder auch nur Untertanen noch zu freien Lohnarbeitern. Ohne den Status von Rechtspersonen blieben sie vom Staat ausgeschlossen. Die Lockerung der Arbeitsplatzbindung und die Entkriminalisierung des Arbeitsrechts seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre änderte dieses Charakteristikum der russischen Sozialstruktur nicht grundlegend. Bestimmte Elemente der alten Ordnung blieben auf dem Niveau der betrieblichen Disziplinarordnung erhalten. Wichtiger noch ist, daß der Arbeiter im Status der Rechtlosigkeit verblieb. Sowohl das Arbeitsverhältnis zur betrieblichen Administration als auch die Abhängigkeit von den städtischen und regionalen Behörden waren nicht durch einklagbares Recht geregelt. Die Selbstdefinition der „mushiki“ und des „Volkes“ bezog sich auf diesen Status.

Dieser Status definierte aber auch eine kognitive Barriere für die Konstitution

politischen Bewußtseins und die Einforderung staatsbürgerlicher Rechte.

Im Zentrum der Identität des Arbeiters stand das „Kollektiv“ und die lokale Interessengemeinschaft, die in hohem Maße über die Industrieunternehmen und deren neo-feudale Funktionen organisiert war.²⁹ Die Solidarität der „mushiki“ und des „Volkes“ meinte die Gesamtheit derjenigen, denen es „schlecht geht“, und das eigene, mit dem Betrieb und der Region verbundene Interesse. Eine übergreifende kulturelle Symbolik als Grundlage der Konstitution des Volkes als Nation fehlte hier, und damit der Text für die Artikulation politischer, auf die staatliche Verfassung der Gemeinschaft bezogene Ziele.

Das Fehlen eigenständiger und institutionell verankerter gesellschaftlicher Akteure und Beziehungsstrukturen und der Ausschluß des Volkes aus der etatistischen Gesellschaft ist der Schlüssel zum Verständnis der anarchlistischen Stoßrichtung der Sozialbewegungen in Rußland und der pendelhaften Bewegung der russischen Geschichte von despotischer Staatsmacht zu Anarchie und erneuter Etatisierung.

- 1 Der Aufsatz ist die ausgearbeitete Fassung eines Vortrages der Autorin am 19. Juli 1993 im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Besetzung der Osteuropa-Proffessur am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig.
- 2 Vgl. zum Begriff der etatistischen Gesellschaft: M. Tatur, Die Bedeutung der „etatistischen Gesellschaft“ in Polen für die soziologische Theorie, in: Leviathan 1991, H. 2.
- 3 Vgl. hierzu schon A. Shonfield, *Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power*, London 1969 (zuerst 1965); und R. E. Pahl/J. T. Winkler, *The Coming Corporatism*, in: *New Society* 10. Okt. 1974, S. 72-76.
- 4 Vgl. Ph. C. Schmitter, *Still the Century of Corporatism?*, in: Ph. C. Schmitter/G. Lembruch (Hrsg.), *Trends towards Corporatist Intermediation*, Beverly Hills/London, 1979, S. 7-52
- 5 Vgl. G. Lembruch, *Consociational Democracy, Class Conflict and the New Corporatism*, in: ebenda S. 53-62
- 6 Vgl. zu einem solchen Ansatz: P. Katzenstein, *Corporatism and Change. Austria, Switzerland, and the Politics of Industry*, New York 1984.
- 7 Vgl. zur inneren Logik der sozialistischen Gesellschaft als Formation: J. Staniszkis, *Ontologia Socializmu*, Warszawa 1989. Der genannte Ansatz ist von Jadwiga Staniszkis für die vergleichende Analyse der Transformationsprozesse der europäischen und asiatischen sozialistischen Gesellschaften entwickelt, bislang aber noch nicht publiziert worden.
- 8 Vgl. M. Tatur, *Solidarnosc als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen*, Frankfurt/M. 1989.
- 9 Vgl. insbesondere die Arbeiten von J. Staniszkis.
- 10 Die Transformation kann deswegen auch nicht über die alten korporatistischen Strukturen durch eine Liberalisierung und einen bruchlosen Übergang vom „staatlichen“ zum „geschäftlichen“ Korporatismus vollzogen werden, wie dies J. Hausner in seinen ansonsten sehr aufschlußreichen Arbeiten nahelegt. Auf der Basis einer gewandelten sozioökonomischen Basis müssen sich korporative Strukturen als Ausdruck sozialer Interessen rekonstituieren, um als Vermittlungsmedien und Regulierungsinstrumente wirksam zu werden. Vgl. J. Hausner, *From Socialist Corporatism to Societal Corporatism: Evolution of Interest Representation in Post-Socialist Society*, Paper presented to the Conference on „The Economic Process of

Melanie Tatur

- Privatization and the Development of Labour Markets and Social Policies in Central and East European Transitions, Budapest, October 16-18, 1992.
- 11 Vgl. J. Lutynski, Dziolanie pozorne, in: Kultura i Spoleczenstwo, 1977/2.
 - 12 Starykov konstatiert Desozialisations- und Dekulturationsprozesse in Rußland, die auch die Familie umfassen, vgl. E. Starykov, Marginaly ili razmyslenija na staruju temu: Cto s nami proichodit?, in: Znamja Okt. 1989, S. 133-162. Auch in der Literatur und im Film werden Dekulturations und Desozialisationsprozesse beschrieben, die Entsprechungen nur in der Dritten Welt haben. Vgl. L. Petruschewskaja, Meine Zeit ist die Nacht, Aufzeichnungen auf der Tischkante, Berlin 1991 und den Film „Kleine Vera“.
 - 13 Die These von der „institutionellen Lücke“ und der Dichotomie von einer „Welt der Menschen“ und „Welt der Institutionen“ ist in Polen von Stefan Nowak formuliert und durch zahlreiche empirische Untersuchungen belegt worden. Vgl. Literaturhinweise bei M. Tatur, Solidarnosc als Modernisierungsbewegung (wie Anm. 8). Die im Juli 1989 im Donbass und im Kuzbass von Levinson u.a. durchgeführten Befragungen zeigten, daß die Arbeiter keiner der sie umgebenden Organisationen (Gewerkschaften, Partei, Administration) „Vertrauen“ schenken und im Falle der Notwendigkeit Hilfe allein von Verwandten (50 Prozent) und dem „Kollektiv“ (25 Prozent) erwarteten. Die Ergebnisse der Untersuchung sind im November 1989 im VCIOM zugänglich gemacht worden.
 - 14 Vgl. N. Maksimovna, Zabastowka. Strichi k portretu javlenia, in: Eku 1989/11, S. 65-79; M. Tatur, Arbeiterbewegung und Staat in Rußland, wird veröffentlicht in: M. Tatur (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Transformation in Rußland, Bremen 1994. In dem Band wird auch die deutsche Übersetzung des zitierten Artikels von N. Maksimovna enthalten sein. Die englische Übersetzung meines Beitrages wird veröffentlicht in: International Journal of Political Economy.
 - 15 Vgl. im einzelnen zum politischen Diskurs und gesellschaftlichen Bewußtsein in Polen 1989-1993: M. Tatur, Politik und Gesellschaft in Polen, wird veröffentlicht als Teil „Polen. Politik“ des Jahrbuches für Kultur und Gesellschaft Ostmitteleuropas der Bremer Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 1993.
 - 16 Hierauf hat Prof. Sadowski auf einer Konferenz des Instituts für Politische Studien in Warschau im Juni 1993 aufmerksam gemacht. Ein Hin- und Herschieben von Mitteln wird von der Regierung auch in Reaktion auf die Streiks 1992/93 praktiziert.
 - 17 Vgl. J. Staniszkis, Continuity and Change in Post-communist Europe, Clingendael, June 1992.
 - 18 Vgl. ausführlicher dazu M. Tatur, Politik und Gesellschaft in Polen (wie Anm. 15).
 - 19 Die „demokratischen“ und „liberalen“ Orientierungen waren in Rußland und überhaupt in Osteuropa Ergebnis einer ethischen Option und nicht ökonomischer Interessen. Sie richteten sich gegen den despotischen Charakter des Staates und forderten dessen Transformation zu einem Garanten von persönlichen Freiheitsrechten. Demokratie und Liberalismus wurden aber nicht als Ordnungsprinzipien und Regelungsmechanismen einer Sozialordnung verstanden. Mehr noch: die Fixierung der „liberaldemokratischen“ Intellektuellen auf den Staat machte sie blind für die Bedeutung von sich formierenden gesellschaftlichen Akteuren, die in exotisch traditionellen Gewändern und mit populistischer Sprache auftraten, deren Konstitution aber Voraussetzung einer funktionsfähigen liberalen und demokratischen Sozialordnung war. Auf diesen Zusammenhang und auf die in diesem Sinne autoritäre Staatsorientierung der russischen Demokraten hat Max Weber in seinen Studien über die Revolution von 1905 aufmerksam gemacht. Vgl. M. Weber, Zur Russischen Revolution von 1905. Schriften und Reden 1905-1912 in: H. Baier u.a., Max Weber. Schriften, Tübingen 1989.
 - 20 Vgl. zur „Sozialpartnerschaft“ in Rußland: E. Teague, Russian Government Seeks „Social Partnership“, in: RFB/RL Research Report Vol. 1, No. 25, 19 June 1992, S. 16-23; R. Deppe/M. Tatur, Gewerkschaften im Transformationsprozeß. Vergleichende Überlegungen zur Rolle gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Polen, Ungarn, Rußland und auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, wird veröffentlicht in: Soziale Welt, und in englischer Sprache in: Interna-

Sozialbewegung und institutioneller Wandel in Polen

- tional Journal of Political Economy.
- 21 Vgl. M. Ellmann, The Economic Program of the Civic Union, in: RFE/RL Research Report, Vol.2, No. 11, 12 March 1993.
 - 22 Vgl. zum Zerfall der gewerkschaftlichen Strukturen: F. Hoffer, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven für Gewerkschaften in Rußland, überarbeitete Fassung eines Vortrags auf einer Tagung der Friedrich Ebert Stiftung zur Situation der Gewerkschaften in Rußland am 2./3. Februar 1993 in Bad Neuenahr, Ms.
 - 23 Vgl. Zahlenangaben ebenda.
 - 24 Vgl. hierzu ausführlich R. Deppe/M. Tatur (wie Anm. 20).
 - 25 Vgl. zur begrifflichen Fassung von „Pluralismus“ als Gegensatzgegriff zu „Korporatismus“ neben Schmitter (wie Anm. 4) A. Cox, N. O. Sullivan (Hrsg.), The Corporate State. Corporatism and the State Tradition in Western Europe, Cambridge 1988, vgl. darin auch den Beitrag über Italien: M. J. Bull, From Pluralism to Corporatism: Italy and the Corporatist Debate, S. 73-103.
 - 26 Vgl. zu Japan: T. J. Pempel, Kelichi Tsunekawa, Corporatism without Labor?, in: Ph. C. Schmitter/G. Lembruch (Hrsg.) (wie Anm. 4), S. 231-270.
 - 27 Vgl. R. Pipes, Rußland vor der Revolution, München 1977.
 - 28 Vgl. D. Geyer, Sozialgeschichtliche Aspekte des russischen Behördenstaates im 18. Jahrhundert, in: D. Geyer (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, Köln 1975, S. 19-52.
 - 29 Nach Befragungen des VCIOM verstanden 40 Prozent eines repräsentativen Bevölkerungssamples unter „Heimat“ (rodina) ihren Geburtsort, 35,4 Prozent Rußland, 24,5 Prozent die UdSSR. Nur im Falle der Moskauer Bevölkerung kristallisierte sich „Heimat“ mehrheitlich um Rußland. In der ländlichen Provinz dagegen wurden fast ausschließlich Geburtsort und Union genannt, die lokale Perspektive teilten 55 Prozent der jungen Befragten. Dieselbe Studie wies neben der Familie das „Betriebskollektiv“ als die einzige Bezugsgruppe bzw. den einzigen Bereich aus, demgegenüber sich die Befragten für ihr Handeln „verantwortlich“ fühlten. Vgl. J. Lewada, Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls, Berlin 1992, insbesondere S. 25 u. 39.